

II— 1074 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 5. Juli 1972

No. 566/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Stix, Dr. Schmidt, Meißl und Genossen an den Herrn Bundesminister für Inneres,
betreffend Zulassung von Kraftfahrzeugen - Rationalisierungsmaßnahmen.

Der mit der explosionsartigen Ausweitung der Kfz-Zulassungen verbundene Verwaltungsaufwand hat einen derartigen Umfang erreicht, daß er von den zuständigen Behörden längst nicht mehr reibungslos bewältigt werden kann. Immer wieder wird in der Bevölkerung darüber Klage geführt, daß die Erledigung von Zulassungsanträgen infolge Überlastung der Beamten mehrere Tage in Anspruch nimmt.

Eine wirksame Abhilfe kann in diesem Zusammenhang wohl nur von einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen erwartet werden, wobei auf vielversprechende ausländische Beispiele hinzuweisen ist.

So war es etwa in der BRD möglich, den bei Kfz-Zulassungen notwendigen Verwaltungsaufwand so zu reduzieren, daß er heute um ein Drittel geringer ist als in Österreich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die
die

A n f r a g e:

- 1.) Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um den mit Kfz-Zulassungen verbundenen Verwaltungsaufwand spürbar zu reduzieren?
- 2.) Wurden in diesem Zusammenhang bereits ausländische Beispiele auf ihre Anwendbarkeit auf Österreich geprüft?